



Postulat von Michael Arnold

betreffend Sicherstellung einer transparenten und ehrlichen Kommunikation des Regierungsrats in Abstimmungserläuterungen

(Vorlage Nr. 3969.1 - 18283)

Bericht und Antrag des Regierungsrats
vom 2. Juni 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Michael Arnold reichte am 8. August 2025 ein Postulat betreffend Sicherstellung einer transparenten und ehrlichen Kommunikation des Regierungsrats in Abstimmungserläuterungen ein (Vorlage Nr. 3969.1 - 18283). Der Kantonsrat hat den Vorstoss am 28. August 2025 dem Regierungsrat zur Berichterstattung überwiesen. Den vorliegenden Bericht gliedern wir wie folgt:

1. Ausgangslage	1
2. Rolle des Regierungsrats im Parlament	2
3. Empfehlung in den Abstimmungserläuterungen	3
3.1. Empfehlung des Kantonsrats und des Regierungsrats	3
3.2. Zur Ausnahmeregelung: «Der Regierungsrat empfiehlt ...»	3
3.3. Prüfung der Empfehlung des Regierungsrats für die Mehrwert-Initiative und den Gegenvorschlag	4
4. Vorschlag zur Umsetzung des Postulats	5
4.1. Heutige Rechtslage	5
4.2. Einschätzung der zugerischen Rechtslage	6
4.3. Vorschlag für eine Gesetzesänderung	6
4.4. Anpassung der «Richtlinien für die Ausgestaltung der amtlichen Abstimmungserläuterungen»	7
5. Finanzielle Auswirkungen	7
5.1. Finanzielle Auswirkungen auf den Kanton	7
5.2. Finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden	7
6. Antrag	7

1. Ausgangslage

Mit besagtem Postulat wird der Regierungsrat eingeladen, die anscheinend geltende «Zuger Praxis» in Abstimmungserläuterungen zu überdenken und darzulegen, wie künftig sichergestellt werden kann, dass Stimmberechtigte keine irreführenden oder sachlich unzutreffenden Informationen im Rahmen der Abstimmungserläuterungen erhalten. Insbesondere soll geprüft werden:

- wie verhindert werden kann, dass dem Stimmvolk Empfehlungen des Regierungsrats unterbreitet werden, die nicht dem tatsächlichen Willen der Exekutive entsprechen;
- ob es künftig zulässig sein soll, dass der Regierungsrat auf eine eigene Empfehlung verzichtet, wenn er mit der Haltung des Parlaments nicht übereinstimmt;
- ob und inwiefern die geltende kantonale Praxis, Empfehlungen «aus Usanz» zu übernehmen, zu ändern oder aufzuheben ist.

Im Abstimmungsbüchlein zur Mehrwert-Initiative und dem entsprechenden Gegenvorschlag wurde festgehalten, der Regierungsrat empfehle, analog zur Parlamentsmehrheit, den Gegenvorschlag zur Annahme. Diese Darstellung sei irreführend: In den parlamentarischen Beratungen habe der Regierungsrat unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass er sowohl die Initiative als auch den vom Parlament erarbeiteten Gegenvorschlag ablehne. Ein solches Vorgehen ist für den Postulanten aus demokratiepolitischer Sicht höchst problematisch. Eine Empfehlung, die dem tatsächlichen Willen der Regierung widerspreche und lediglich auf einer ungeschriebenen Praxis beruhe, schaffe eine verfälschte Grundlage für die Meinungsbildung und könne das Abstimmungsverhalten auf unzulässige Weise beeinflussen. Ein bewusster Verzicht auf eine Empfehlung wäre in solchen Fällen ein ehrlicher und nachvollziehbarer Weg, um die Transparenz und Glaubwürdigkeit der Abstimmungserläuterungen zu wahren.

2. Rolle des Regierungsrats im Parlament

Der Regierungsrat ist mit dem Vollzug der Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse und mit der Staatsverwaltung und Rechnungsführung in allen Teilen beauftragt. Ihm kommen in diesem Zusammenhang unter anderem die verfassungsmässigen Befugnisse und Verpflichtungen zu, Vorschläge zu Gesetzen und Beschlüssen an den Kantonsrat einzureichen. Die Mitglieder des Regierungsrats haben im Kantonsrat beratende Stimme und das Recht, zu allen Geschäften Anträge zu stellen (vgl. § 47 Abs. 1 Bst. e und Abs. 2 KV; BGS 111.1). Konkretisiert werden diese Befugnisse und Verpflichtungen im Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) vom 28. August 2014 (BGS 141.1). Gemäss § 35 Abs. 1 GO KR nehmen die Mitglieder des Regierungsrats während der ganzen Sitzung teil. Die Gegenstände der Beratung gelangen im Sinne von § 47 Abs. 1 Bst. e und Abs. 2 KV durch Berichte und Anträge des Regierungsrats in den Kantonsrat (§ 40 Abs. 1 Ziff. 2 GO KR). Im Zusammenhang mit Verfassungs-, Gesetzes- und Standesinitiativen überweist der Kantonsrat die Initiative dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag (§ 41 Abs. 3 GO KR).

Die Einwände des Postulats betreffend angeblich irreführende Darstellung der regierungsrätlichen Haltung im Zusammenhang mit der Mehrwert-Initiative und dem entsprechenden Gegenvorschlag stehen in Widerspruch zu den Befugnissen und Verpflichtungen, die dem Regierungsrat im Parlament von Verfassung wegen zukommen. Es ist selbstverständlich, dass der Regierungsrat im Rahmen dieser Befugnisse und Verpflichtungen seine Auffassung im Kantonsrat in Form von Berichten und Anträgen vertritt, ebenso wie die Mitglieder des Kantonsrats ihre Standpunkte mit gegebenenfalls konträren Argumenten vertreten. Der Widerspruch, der dadurch vermeintlich entsteht, ist nicht im rechtlichen Sinne irreführend, dass die verfassungsmässig garantierte freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe nicht mehr gewährleistet wären (Art. 34 Abs. 2 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 [BV; SR 101]). Eine gegebenenfalls abweichende Haltung des Regierungsrats gegenüber dem Kantonsrat in der parlamentarischen Beratung ist vielmehr der Rolle des Regierungsrats im Parlament geschuldet. Dass sich der Regierungsrat nach der

Schlussabstimmung im Kantonsrat – wie etwa auch im Falle der Mehrwert-Initiative und des Gegenvorschlags – in aller Regel der Haltung des Kantonsrats anschliesst, ergibt sich aus der Vorrangstellung des Parlaments gegenüber dem Regierungsrat (vgl. nachfolgend Ziff. 3.3.). Unter anderem auch in diesem Sinne hatte der Regierungsrat am 7. Mai 2025 eine Stimmrechtsbeschwerde gegen die Mehrwert-Initiative abgewiesen. Dieser Beschluss ist rechtskräftig.

3. Empfehlung in den Abstimmungserläuterungen

3.1. Empfehlung des Kantonsrats und des Regierungsrats

Der Regierungsrat erliess am 26. Februar 2008 die Richtlinien für die Ausgestaltung der amtlichen Abstimmungserläuterungen (BGS 131.7; nachfolgend «Richtlinien» genannt), dies in Vollziehung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG; BGS 131.1) vom 28. September 2006.

Gemäss § 2 Abs. 6 der Richtlinien enthalten die Abstimmungserläuterungen unter anderem eine **«Empfehlung des Kantonsrats und des Regierungsrats»**. Sofern der Regierungsrat aus verfassungsrechtlichen Überlegungen eine vom Kantonsrat abweichende Auffassung vertritt, kann seine Empfehlung nebst derjenigen des Kantonsrats heissen: «Der **Regierungsrat** empfiehlt ...» (§ 2 Abs. 11 der Richtlinien).

§ 2 Abs. 6 der Richtlinien ist so zu interpretieren, dass es sich hierbei – im Unterschied zu § 2 Abs. 11 der Richtlinien – um eine **gemeinsame** Empfehlung des Kantonsrats und des Regierungsrats handelt. Bei § 2 Abs. 6 handelt es sich um die Grundsatzbestimmung, bei § 2 Abs. 11 um die Ausnahmebestimmung.

3.2. Zur Ausnahmeregelung: «Der Regierungsrat empfiehlt ...»

§ 2 Abs. 11 der Richtlinien lautete **ursprünglich** wie folgt: Sofern der Regierungsrat eine vom Kantonsrat abweichende Auffassung vertritt, heisst die Empfehlung: «Der **Kantonsrat** empfiehlt ...».

Diese Bestimmung war in Zusammenhang mit Ziffer 1 des Regierungsratsbeschlusses vom 9. Januar 2007 betreffend Teilnahme des Regierungsrats an Abstimmungskämpfen zu verstehen:

«Mitglieder des Regierungsrats dürfen in Abstimmungskomitees teilnehmen, sofern das Komitee das Anliegen des Regierungsrats vertritt. Sofern ausnahmsweise der Regierungsrat eine andere Auffassung als der Kantonsrat vertritt (z.B. Referendum gegen das Pensionskassengesetz), ist in der Abstimmungsbroschüre die **Auffassung des Kantonsrats** loyal darzulegen und nicht diejenige des Regierungsrats. Der Regierungsrat darf jedoch bei seiner Meinung bleiben, darf diese jedoch gegen aussen nicht vertreten. Der Rat nimmt bei diesem Geschäft in keinem Komitee Einsitz und nimmt generell nicht am Abstimmungskampf teil («Dienst nach Vorschrift»).

Dieser Regierungsratsbeschluss sowie ein weiterer Beschluss in dieser Angelegenheit vom 6. März 2007 (Beteiligung des Regierungsrats am Abstimmungskampf zur Umfahrung Cham-Hünenberg aus verfassungsrechtlicher Sicht) hat der Regierungsrat mit Beschluss vom 19. August 2008 bestätigt (Teilnahme des Regierungsrats an Abstimmungskämpfen / Bestätigung der bisherigen Regierungsratsbeschlüsse). Mit letztgenanntem Beschluss wurden damals die

beiden Beschlüsse aus dem Jahre 2007 unter Berücksichtigung des Bundesgerichtsurteils vom 18. Juli 2008 (1C 412/2007) einer Prüfung unterzogen, die im Ergebnis zur besagten Bestätigung der bisherigen Praxis führte. Der Regierungsrat stellte dabei weiter fest, dass seine Beschlüsse aus dem Jahre 2007 betreffend Teilnahme der Exekutive an Abstimmungskämpfen im Lichte des Bundesgerichtsentscheids sogar eher streng erschienen. Dennoch hielt der Regierungsrat in seinem Beschluss vom 19. August 2008 fest, dass die Beschlüsse vom 9. Januar 2007 und 6. März 2007 vollumfänglich einzuhalten seien.

Mit Beschluss vom 11. Juni 2013 hat der Regierungsrat allerdings § 2 Abs. 11 der Richtlinien **wie folgt geändert**: «Sofern der Regierungsrat **aus verfassungsrechtlichen Überlegungen** eine vom Kantonsrat abweichende Auffassung vertritt, **kann seine Empfehlung nebst derjenigen des Kantonsrats heissen**: «Der **Regierungsrat** empfiehlt ...».)»

Im Zuge dieser Änderung hielt der Regierungsrat in seinem Beschluss vom 11. Juni 2013 fest, dass Ziffer 1 Satz 2 des Regierungsratsbeschlusses vom 9. Januar 2007 einer Modifizierung bedürfe. Die dort verankerte Selbstrestriktion sei aufgrund des Gesagten nicht mehr haltbar. Im Übrigen seien die bisherigen Beschlüsse des Regierungsrats betreffend Teilnahme des Regierungsrats an Abstimmungskämpfen von der Änderung von § 2 Abs. 11 der Richtlinien nicht betroffen. Zusammenfassend wurde im Regierungsratsbeschluss vom 11. Juni 2013 festgestellt, dass die Frage, ob in den Abstimmungserläuterungen eine allfällige Empfehlung des Regierungsrats nebst derjenigen des Kantonsrats zulässig sei, wenn diese von der Auffassung des Kantonsrats abweiche, unter dem Gesichtspunkt der Abstimmungsfreiheit nach Art. 34 Abs. 2 BV bejaht werden könne. Eine Teilnahme am Abstimmungskampf sowie die freie Meinungsäusserung zu einer Abstimmungsvorlage in Form einer Empfehlung in den Abstimmungserläuterungen seien mithin auch dann zulässig, wenn diese von der Auffassung des Kantonsrats abweiche. Massgebend sei, dass die Abstimmungserläuterungen den Grundsätzen der Objektivität, Transparenz und Verhältnismässigkeit genügen und der Regierungsrat sich bezüglich Teilnahme an Abstimmungskämpfen im Sinne seiner diesbezüglich gefassten Beschlüsse bundesgerichtskonform verhalte.

Das Recht und die Pflicht auf eine vom Kantonsrat abweichende Haltung ergeben sich weiter aus § 18 KV sowie aus § 1 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Regierungsrats (GO RR) vom 26. September 2013 (BGS 151.1) in Verbindung mit § 5 und § 6 GO KR, wonach die vom Volk oder vom Kantonsrat gewählten kantonalen Behörden und Beamten sowie die vom Volk gewählten Behörden und Beamten der Gemeinden bei Beginn jeder Amtsdauer durch Eid oder Gelöbnis auf die Verfassung und die Gesetze zu verpflichten sind. Hieraus leiten sich das Recht und die Pflicht des Regierungsrats auf Abgabe einer abweichenden Empfehlung in vorstehendem Sinne ab.

3.3. Prüfung der Empfehlung des Regierungsrats für die Mehrwert-Initiative und den Gegenvorschlag

Für die Mehrwert-Initiative und den Gegenvorschlag gaben Kantons- und Regierungsrat eine gemeinsame Empfehlung ab (§ 2 Abs. 6 der Richtlinien).

Im Zusammenhang mit der Motion von Andreas Hausheer betreffend Vertretung der Kantonsratsbeschlüsse durch den Regierungsrat gegen aussen (Vorlage Nr. 2293.1 - 14449) wird im Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 23. Februar 2016 (Vorlage Nr. 2293.2 - 15105) bezüglich der Stellung des Kantonsrats und des Regierungsrats in allgemeiner Weise festgehalten, dass der Kantonsrat verfassungsmässig betrachtet die oberste gesetzgebende und aufsehende Gewalt im Kanton ist, während der Regierungsrat verfassungs- und

organisationsrechtlich betrachtet die oberste verwaltende, vollziehende und leitende Gewalt im Kanton ist. Weiter wird ausgeführt, dass die grundsätzliche Vorrangstellung des Parlaments im Sinne eines Entscheidungsprimats gegenüber dem Regierungsrat unbestritten ist. Ausdrücklich in der Verfassung verankert ist auch, dass der Regierungsrat gemäss § 47 Abs. 1 Bst. a KV den Kanton Zug gegen aussen vertritt. Es ist in diesem Zusammenhang unbestritten, dass der Regierungsrat verpflichtet ist, die Gesetze und Beschlüsse des Kantonsrats zu beachten und zu vollziehen. Dies entspricht der gelebten, langjährigen Praxis der Zuger Regierung. Der Regierungsrat ist allerdings als oberste Vollziehungs- und Verwaltungsbehörde befugt und gegebenenfalls verpflichtet, durch Weisungen dafür zu sorgen, dass bundesrechtswidrige kantonale Erlasse nicht mehr angewendet werden und die Verfahrensgarantien der Bundesverfassung respektiert werden. Aus diesem Grunde sehen weder das geltende Recht noch die herrschende Rechtsprechung und Lehre allgemein und ohne jede Einschränkung vor, dass der Kantonsrat mit seinen Beschlüssen dem Regierungsrat derart enge Vorgaben machen darf, dass dieser gegen aussen auf allen staatlichen Ebenen konsequent die Beschlüsse des Kantonsrats zu vertreten hat (beispielsweise in Rechtsverfahren vor dem Bundesgericht). Die rechtsstaatliche Ordnung verlangt vielmehr, dass der Regierungsrat im Gegenteil sogar gehalten ist, sich gegen die Umsetzung offensichtlich widerrechtlicher Kantonsratsbeschlüsse zu wehren. Unerheblich ist dabei, ob sich die Offensichtlichkeit der Widerrechtlichkeit aus einem Bundesgerichtsurteil oder einer anderen Rechtsquelle ergibt.

Bezüglich der Empfehlung des Regierungsrats in den Abstimmungserläuterungen bedeutet dies Folgendes: Der Regierungsrat hat sich unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Vorrangstellung des Parlaments im Sinne eines Entscheidungsprimats gegenüber dem Regierungsrat in aller Regel der Empfehlung des Kantonsrats anzuschliessen. Dementsprechend hat er das auch betreffend Mehrwert-Initiative und den Gegenvorschlag getan. Auch wenn der Regierungsrat die Initiative und den geänderten Gegenvorschlag bis und mit Kantonsratsdebatte ablehnte, so war er nach heutiger Rechtslage gleichwohl nicht gehalten, eine vom Kantonsrat abweichende Empfehlung abzugeben oder auf eine Empfehlung zu verzichten. Das eine oder andere wäre nur dann angezeigt gewesen, wenn der Regierungsrat aus verfassungsrechtlichen Überlegungen eine vom Kantonsrat abweichende Auffassung vertreten hätte. Das war hier gerade nicht der Fall.

4. Vorschlag zur Umsetzung des Postulats

Unter Berücksichtigung der im Postulat gemachten Überlegungen gilt es die aktuelle Rechtslage zu überprüfen.

4.1. Heutige Rechtslage

§ 25 Abs. 1 WAG lautet wie folgt: «Den Abstimmungsunterlagen ist eine kurze und sachliche Erläuterung der Vorlage beizulegen, die auch die Auffassung wesentlicher Minderheiten zum Ausdruck bringt. Bei Abstimmungen über Initiativen und Referendumsvorlagen sind die Argumente der Urheberkomitees angemessen zu berücksichtigen.»

Die Einzelheiten betreffend Abstimmungsempfehlungen werden bislang in den «Richtlinien für die Ausgestaltung der amtlichen Abstimmungserläuterungen» des Regierungsrats festgehalten (§ 2 Abs. 6 und 11 der Richtlinien).

Im Kanton Zug sind somit die allgemeinen Grundsätze der amtlichen Abstimmungserläuterungen analog zum Bundesrecht (Art. 10a und Art. 11 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte [BPR] vom 17. Dezember 1976 [161.1]) auf Gesetzesstufe geregelt. Demgegenüber

sind im Kanton Zug die Bestimmungen über die Abstimmungsempfehlungen bloss auf Verordnungsstufe (Richtlinien) geregelt, dies im Unterschied zum Bund (Art. 10a Abs. 4 BPR: «Er [der Bundesrat] vertritt keine von der Haltung der Bundesversammlung abweichende Abstimmungsempfehlung»).

4.2. Einschätzung der zugerischen Rechtslage

Die Bestimmungen über die Abstimmungsempfehlungen sind analog zum Bundesrecht aus nachfolgenden Gründen ebenfalls auf Gesetzesstufe zu heben: «Das Erfordernis der Gesetzesform bedeutet, dass die wichtigen Rechtsnormen, auf denen die Verwaltungstätigkeit beruht, in einem Gesetz enthalten sein müssen» (ULRICH HÄFELIN / GEORG MÜLLER / FELIX UHLMANN, Allgemeines Verwaltungsrecht, 8. Auflage, Zürich 2020, N 350). In Art. 164 Abs. 1 Bst. a BV wird festgehalten: «Alle wichtigen rechtsetzenden Bestimmungen sind in der Form des Bundesgesetzes zu erlassen. Dazu gehören insbesondere die grundlegenden Bestimmungen über die Ausübung der politischen Rechte.» Die Wichtigkeit behördlicher Abstimmungsempfehlungen ist im Zusammenhang mit Abstimmungen unbestritten. Sie stellen für eine Vielzahl von Stimmberechtigten eine wichtige Orientierungshilfe dar und sind daher für die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe (Art. 34 Abs. 2 BV) von grosser Bedeutung. Folglich sind die grundlegenden Bestimmungen hierzu auf Gesetzesstufe zu regeln.

4.3. Vorschlag für eine Gesetzesänderung

Der Regierungsrat schlägt zwecks Umsetzung des Postulats folgende Änderung von § 25 WAG vor, die im Vergleich zum Bundesrecht mit Bezug auf die Abstimmungsempfehlung der Exekutive allerdings weitergehende Regelung bedeutet:

§ 25 Amtliche Abstimmungserläuterungen

¹ Den Abstimmungsunterlagen ist eine kurze Erläuterung des Regierungsrats oder des Gemeinderats zur Vorlage beizulegen, die auch die Auffassung wesentlicher Minderheiten zum Ausdruck bringt. Bei Abstimmungen über Initiativen und Referendumsvorlagen sind die Argumente der Urheberkomitees angemessen zu berücksichtigen.

² Der Regierungsrat oder der Gemeinderat beachtet dabei die Grundsätze der Vollständigkeit, der Sachlichkeit, der Transparenz und der Verhältnismässigkeit.

³ Bei Vorlagen des Kantonsrats oder des Grossen Gemeinderats kann er:

- a) eine Empfehlung im Sinne der Empfehlung des Kantonsrats oder des Grossen Gemeinderats abgeben («Kantonsrat und Regierungsrat empfehlen: ...» oder «Grosser Gemeinderat und Gemeinderat empfehlen: ...»); oder
- b) eine von der Parlamentsmehrheit abweichende Empfehlung abgeben («Der Regierungsrat empfiehlt: ...» oder «Der Gemeinderat empfiehlt: ...»); oder
- c) auf eine Empfehlung verzichten.

⁴ Die Abs. 1 – 3 gelten sinngemäss auch für die Gerichte.

Es ist schon heute zulässig, dass der Regierungsrat eine vom Kantonsrat abweichende Empfehlung abgibt, dies allerdings nur dann, wenn seine Auffassung von derjenigen des

Kantonsrats aus verfassungsrechtlichen Überlegungen abweicht (§ 2 Abs. 11 der Richtlinien). Zudem kann der Regierungsrat auch heute schon auf eine Empfehlung verzichten, da § 2 Abs. 11 der Richtlinien als «Kann-Bestimmung» ausgestaltet ist. Nebst verfassungsrechtlichen Überlegungen soll der Regierungsrat als eigenständige Gewalt jedoch auch aus weiteren Gründen eine vom Kantonsrat abweichende Empfehlung abgeben dürfen oder auf eine Empfehlung verzichten können. Zu denken ist etwa an Fälle, in denen der Regierungsrat aus politischen oder gesellschaftlichen Gründen eine fundamental andere Auffassung vertritt als der Kantonsrat. Gemäss dem vorgeschlagenen § 25 Abs. 3 WAG liegt es somit im Ermessen des Regierungsrats, sich für die eine oder andere Abstimmungsempfehlung zu entscheiden oder auf eine solche zu verzichten. Im Interesse eines einheitlichen Auftretens von Parlament und Exekutive wird er nicht inflationär eine von der Parlamentsmehrheit abweichende Empfehlung abgeben. Die grundsätzliche Vorrangstellung des Parlaments im Sinne eines Entscheidungsprimats gegenüber dem Regierungsrat wird somit nicht in Frage gestellt. Gleichwohl ist er als eigenständige Gewalt gegebenenfalls gehalten, dem Souverän gegenüber seiner Auffassung – abweichend von legislativen Mehrheitsentscheiden – Ausdruck zu verleihen. Dasselbe soll für den Gemeinderat bzw. den Stadtrat in Gemeinden mit einem Grossen Gemeinderat gelten. Für den Fall, dass die Federführung in einem Gesetzgebungsvorhaben beim Obergericht oder beim Verwaltungsgericht liegt, gilt diese Regelung aus institutionellen Gründen mutatis mutandis auch für die Abstimmungserläuterungen der Judikative.

4.4. Anpassung der «Richtlinien für die Ausgestaltung der amtlichen Abstimmungserläuterungen»

Im Falle einer Gesetzesänderung im vorstehenden Sinn wird der Regierungsrat § 2 Abs. 6 und 11 der Richtlinien entsprechend anpassen.

5. Finanzielle Auswirkungen

5.1. Finanzielle Auswirkungen auf den Kanton

Diese Vorlage hat keine finanziellen Auswirkungen auf den Kanton.

5.2. Finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden

Diese Vorlage hat keine finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinden.

6. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, das Postulat von Michael Arnold vom 8. August 2025 betreffend Sicherstellung einer transparenten und ehrlichen Kommunikation des Regierungsrats in Abstimmungserläuterungen (Vorlage Nr. 3969.1 - 18283) sei erheblich zu erklären.

Zug, 2. Juni 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Der Landschreiber: Tobias Moser

60/sl